

Erste Beratung am 08.09.2010:

Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Niedersachsen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/2772

Uwe Schwarz (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im August-Plenum hatte die SPD-Landtagsfraktion einen Antrag zur Umsetzung der UN-Vorgaben für Menschen mit Behinderung im Bildungsbereich eingebracht. Heute liegt nun ein Antrag der Grünen für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche vor. Ich will gleich vorneweg darauf hinweisen, dass wir diesen Antrag der Grünen uneingeschränkt unterstützen.

Er stellt die Anforderungen der UN-Konvention noch einmal umfassend und vollständig dar; Frau Helmhold hat das in ihrer Rede hier auch ausgeführt. Zugleich beinhaltet er Handlungsanleitungen, wie sich denn die Landesregierung diesem Thema nähern könnte.

Meine Damen und Herren, damit sind wir beim zentralen Problem. Warum muss eigentlich die Opposition diese Regierung zwischenzeitlich in jedem Aufgabenbereich darauf hinweisen, endlich ihre originären Aufgaben wahrzunehmen?

Die UN-Konvention ist seit 2009 geltendes Recht. Bereits seit 2008, also seit mehr als zwei Jahren, sind die Inhalte in der Debatte. Trotzdem verfährt die Landesregierung bei diesem Thema bisher nach dem Motto: Wer sich nicht bewegt, macht auch keine Fehler.

Nichts, aber auch gar nichts ist bisher vom Sozialministerium zu diesem Thema vorgelegt worden. Ich finde, so geht das nicht. Der Behindertenbereich ist mit Abstand der größte Einzelbereich im niedersächsischen Sozialministerium. Fast 1 Million Menschen sind mit ihren Familien direkt oder indirekt davon abhängig.

Sehr geehrte Frau Ministerin, Ihre ersten 100 Tage sind nun schon einige Zeit vorbei. Es wäre schön, wenn Sie sich endlich mit deutlich spürbarem Nachdruck auch der großen Themen Ihres Hauses annehmen würden. Ich finde, es wird langsam einmal Zeit.

Seit 2007 ist das Land für das Heimrecht zuständig. Nach fast vier Jahren ist dem Parlament jetzt ein Gesetzentwurf zugeleitet worden. In der Anhörung in der vergangenen Woche haben etliche Verbände darauf hingewiesen, dass die UN-Behindertenrechtskonvention an keiner Stelle berücksichtigt wurde. Das ist für die Betroffenen erschütternd, aber es ist zugleich ein Armutszeugnis erster Güte für diese Landesregierung.

Das Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz muss bis Ende dieses Jahres überprüft werden. Auf unsere Anfrage vor drei Wochen nach dem Sachstand haben Sie uns mitgeteilt - ich zitiere -:

„Die Überprüfung der Auswirkungen des Gesetzes ist eingeleitet worden und soll bis Ende des Jahres abgeschlossen sein.“

Was heißt hier eigentlich „soll“? Wie gehen Sie mit den klaren Vorgaben der hier im Parlament verabschiedeten Gesetzen um?

Es kommt noch dicker: Auf unsere Anfrage, welche Änderungen sich aufgrund der UN-Konvention ergeben, erklären Sie lapidar, „die Frage, ob die UN-Konvention eine Änderung des Behindertengleichstellungsgesetzes erforderlich mache, werde *thematisiert*“. Ich finde, das ist unglaublich. Sie nehmen diese UN-Konvention überhaupt nicht ernst. Das ist geltendes Recht!

Sie haben völlig recht, Frau Mundlos, wenn Sie sagen, der Umdenkungsprozess müsse in den Köpfen anfangen. Es wäre toll, wenn er wenigstens schon einmal in den Köpfen des Ministeriums anfangen würde. Da besteht erheblicher Nachholbedarf, meine Damen und Herren.

Wir haben Anfang dieser Woche von der LAG der Werkstätten einen Gesetzentwurf zugesandt bekommen, aus dem hervorgeht, wie allein das niedersächsische Gesetz geändert werden muss. Jeder weiß, dass bei Berücksichtigung der UN-Konvention kein einziger Paragraph mehr so bleiben wird. Nur das Sozialministerium befindet sich noch im Findungsprozess.

Ich will ein nächstes Thema ansprechen. Nach Ihrem Besuch im Landesbildungszentrum für Blinde, Frau Ministerin, wiesen Sie darauf hin, welche Verantwortung das Land für den Personenkreis von blinden Kindern und Jugendlichen hat. Das teile ich. Aber haben Sie dort auch darauf hingewiesen, dass Sie den Landesbildungszentren in den nächsten Jahren 22 Stellen streichen werden, und zwar mit nur einem einzigen Ziel - So sollen nämlich 1,2 Millionen Euro gespart werden. Wo ist denn da die Verantwortung für diesen Personenkreis?

Bei der gestrigen Haushaltsdebatte haben wir gehört, dass das Land einen Handlungsbedarf von 1,9 Milliarden Euro im Haushalt hat. Ganze 345 Millionen Euro haben Sie davon in der Haushaltsklausur eingesammelt. Warum, bitte schön, muss ausgerechnet die Sozialministerin davon 20 % - sprich: 65 Millionen Euro - aufbringen, und das vor allem mit über 30 Millionen Euro zulasten von Behinderteneinrichtungen, meine Damen und Herren? - Ich sage Ihnen das, auch wenn Frau Mundlos sagt, intern beschäftige man sich viel damit. Ich glaube das. Aber eines wird immer wieder deutlich: Sozialpolitik und insbesondere Behindertenhilfe haben bei dieser Regierung, vor allem bei diesem Finanzminister, von Anfang an keine Lobby, und das wird bei jedem Haushalt ausgelebt, meine Damen und Herren.

Das war von 2003 bis 2006 so, als Sie den Behinderteneinrichtungen drei Nullrunden in Folge aufgedrückt haben. So wurden faktisch 42 Millionen Euro eingespart. Das hatte zur Streichung von über 230 Vollzeitstellen geführt, zu weniger Fachkräften, zur Flucht aus Tarifverträgen, insbesondere zu weniger Zuwendung für Schwerst- und Mehrfachbehinderte.

Genau diese Entwicklung wiederholen Sie jetzt mit dem Haushalt 2011 - eine zutiefst unchristliche Politik, meine Damen und Herren!

Da stellt das Sozialministerium am 17. August - das ist noch gar nicht so lange her - auf eine Anfrage von uns fest:

„Mit der Weiterentwicklung der Behindertenhilfe trägt die Landesregierung dem weiterhin steigenden Bedarf an Werkstattplätzen, an Wohnangeboten und an Arbeitsplätzen Rechnung.“

Sie bestätigen also selbst deutlich steigende Bedarfe. Sie wissen um die Umsetzung der UN-Konvention, und trotzdem streichen Sie wider besseres Wissen 30,5 Millionen Euro.

Welch dramatischer Fall von Selbsthypnose! Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Nehmen Sie endlich die UN-Konvention ernst, fangen Sie an zu handeln, und hören Sie auf, Ihre Haushaltskonsolidierung ausschließlich immer auf dem Rücken der Behinderten zu machen! Das ist hochgradig unanständig!

Uwe Schwarz (SPD): Antwort auf Kurzintervention:

Herr Kollege Hilbers,
die Einrichtungsträger in der Behindertenhilfe können sich noch sehr gut an den Beginn der Amtszeit von Walter Hiller als Sozialminister erinnern.

Wir haben damals die Lohnfortzahlung eingeführt, wir haben deutlich mehr Plätze geschaffen, wir haben eine Fachkommission einberufen, und es hat in der Behindertenhilfe einen richtigen Quantensprung nach vorne gegeben. Wir haben auf der Bundesebene die Sozialgesetzbücher eingeführt und erstmalig Behindertenrecht überhaupt manifestiert.

Aber die eigentliche Frage, warum Sie bei 345 Millionen Euro den größten Betrag ausdrücklich bei den Behinderten einsparen, haben Sie noch nicht beantwortet!

Ich sage Ihnen noch etwas: Diese Regierung mit der Vorgänger-Ministerin ist es gewesen, die 10 000 Blinde auf die Straße getrieben hat, weil sie auch auf die wirklich schlimmsten Behinderungen keine Rücksicht genommen hat.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Heinz Rolfes [CDU]: Unglaublich! - Widerspruch bei der CDU)

- In der Tat, Herr Rolfes, das war damals unglaublich. Das steckt einigen von Ihnen heute noch in den Knochen. - Der gleiche Umgang, den Sie jetzt praktizieren - - - Lesen Sie sich einmal alle Kommentare durch!

Sie sind auf dem besten Wege, die behinderten Menschen wieder auf die Straße zu treiben. Das mag ja noch schön sein, weil es Ihre Regierung schädigt. Aber Sie machen den sozialen Konsens in dieser Gesellschaft kaputt, und das ist unverantwortlich!